

Panik in der Biden-Administration und Israel-Lobby nach dem Wahlsieg Netanjahus und der Rechtsextremen

Mitchel Plitnick, mondoweiss.net, 03.11.22

Israels Unterstützer des gesamten politischen Spektrums sind in Panik über den Sieg der Rechtsextremen bei den israelischen Wahlen, und die Reaktionen sind bezeichnend.

„Israel ist ein gewalttätiger Siedlerstaat. Wenn es um die vollständige Beherrschung der Palästinenser:innen geht, gibt es kein links, rechts oder in der Mitte, sondern nur eine Maximalposition, die den Raub von Land, Häusern und Ressourcen zum Ziel hat und der einheimischen Bevölkerung so wenig wie möglich übrig lässt.“

Remi Kanazi, palästinensischer Dichter

Während die Ergebnisse der Wahlen in Israel ausgewertet werden - eine Wahl, bei der Millionen von Palästinenser:innen, die unter israelischer Herrschaft leben, kein Mitspracherecht haben - wächst die Sorge der Unterstützer:innen außerhalb Israels. Ihre Reaktionen sind aufschlussreich.

Der US-Botschafter in Israel, Tom Nides, ein Mann, der Israel fast ebenso sklavisch ergeben ist wie sein Vorgänger David Friedman, sagte: „Es ist zu früh, die genaue Zusammensetzung der Koalition vorherzusagen, solange nicht alle Stimmen ausgezählt sind.“ Aber er „beabsichtigt, mit der israelischen Regierung weiterhin an den gemeinsamen Interessen und Werten beider Länder zu arbeiten“.

Zu diesen Interessen und Werten, die sich in der wohl zweitstärksten Partei in Benjamin Netanjahus neuer Regierungskoalition widerspiegeln, gehören eklatanter Rassismus, offener Faschismus, extreme Feindseligkeit gegenüber *LGBTQ+*-Personen und der Anführer Itamar Ben-Gvir, der so radikal ist, dass er 2007 von einem israelischen Gericht wegen Aufstachelung zum Rassismus und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde.

Ben-Gvirs *Otzma Yehudit*-Partei schloss sich dem Block des religiösen Zionismus an, der von dem Faschisten Bezalel Smotrich angeführt wurde, zusammen mit der aggressiv gegen Homosexuelle gerichteten *Noam*-Partei. Die Ablehnung von *LGBTQ+*-Rechten ist ganz klar *Noams* Hauptanliegen. In Smotrich haben sie einen sehr engagierten Partner, der sich 2015 als „stolzer Homophober“ bezeichnete.

Der Ultrationalismus Blocks des religiösen Zionismus stellt die westlichen Regierungen und die Verfechter Israels in diesen Ländern vor offenkundige Schwierigkeiten und die meisten sind nicht so blindgläubig wie Nides. Sogar im United States State Department ist man nervös. Ned Price, Sprecher des Außenministeriums, erklärte Reportern gegenüber: „Wir hoffen, dass alle israelischen Regierungsvertreter:innen auch weiterhin die Werte einer offenen, demokratischen Gesellschaft teilen werden, die Toleranz und Respekt für

alle in der Zivilgesellschaft, insbesondere für Minderheiten, einschließen“. Von Price kommend, ist das eine fast panische Erklärung. Die Sorge, dass Israel eine Regierung haben könnte, bei der nicht einmal die USA so tun könnten als sei diese demokratisch, ist für das Außenministerium fast undenkbar. Damit sind sie nicht allein.

Senator Bob Menendez von der demokratischen Partei, warnte Netanjahu im September, dass „wenn er nach den Wahlen am 1. November eine Regierung bilden würde, der Rechtsextremisten angehören, dies den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Israel schaden könnte“. Er äußerte ernste Bedenken über die Beteiligung von extremistischen und polarisierenden Personen wie Ben Gvir an einer möglichen künftigen Regierung“. Menendez ist jemand der verlässlich mit AIPAC im Senat kooperiert und daher war dies wichtig.

Die Verfechter:innen der palästinensischen Rechte und Freiheit müssen das immer deutlicher werdende Gesicht der israelischen Apartheid nutzen.

Die Administration deutete sogar an, dass sie Ben-Gvir boykottieren könnte. Auch wenn dies angesichts der offensichtlichen politischen Auswirkungen unwahrscheinlich scheint (man stelle sich nur vor, was AIPAC, die Republikaner und sogar viele Demokrat:innen tun würden, wenn die US-Regierung das gefürchtete „B“-Wort über Israel fallen lässt), ist es durchaus möglich, dass die USA einfach jeden Kontakt mit Ben-Gvir vermeiden werden.

Dies wäre eine Strategie, die sie nur verfolgen können, wenn Netanjahu dem Führer der Partei *Otzma Yehudit* (*Jüdische Kraft*) ein Ministerium überträgt, das nicht viel mit dem Ausland zu tun hat.

Andere Regierungen sind genauso besorgt darüber, wie sie mit dem rechtsextremen Charakter der neuen israelischen Regierung umgehen sollen. Vor gut einer Woche warnte Abdullah bin Zayed, der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Netanjahu, dass die Aufnahme von Smotrich und Ben-Gvir in die Regierung riskiere, die Beziehungen zu den VAE und das *Abraham-Abkommen* zu zerstören, so ein israelischer Vertreter gegenüber der *Times of Israel*.

Ein nicht genannter „ausländischer Diplomat“ sagte der israelischen Tageszeitung *Haaretz* gegenüber: „Wenn Ben-Gvir und Smotrich als Minister in die nächste Regierung berufen werden, habe ich keinen Zweifel daran, dass ihre Amtskollegen in meinem Land die Kontakte zu ihnen abbrechen werden und keine neue Zusammenarbeit mit den Ministerien, die sie leiten werden, vorangetrieben wird.“

Auch andere regten sich über die neue Regierung auf. Der Vorsitzende der liberalen zionistischen *J Street*, Jeremy Ben-Ami, twitterte: „Ben-Gvir und sein ultranationalistischer Kollege Bezalel Smotrich erwecken das Gefühl einer Regierung, die bereit ist, Israels palästinensisch-arabische Bürger:innen zu entrechten, die Justiz zu schwächen, Netanjahus juristische Anklagen zu umgehen und die Spannungen zwischen den Gemeinschaften und die Verletzungen der palästinensischen Rechte zu verschärfen... Dies ist ein Moment der Wahrheit und der Entscheidung... Unsere Loyalität gilt unseren Werten, den Gründungsidealen Israels und der Vision einer Welt, die in Gleichheit und Gerechtigkeit verwurzelt ist.“

Es ist zwar einfach, *J Street* herauszufordern und zu fragen, ob eine solche Vision mit einem „jüdischen Staat“ vereinbar ist, jedoch ist klar, dass Ben-Ami die Bedrohung erkennt, die Ben-Gvir, Smotrich und ihre

Mitstreiter:innen für das zunehmend imaginäre Bild eines „liberalen Israel“ darstellen. *J Street* war nicht allein. *Americans for Peace Now* erklärte, dass sie die neue Regierung boykottieren würden. „Wir werden uns nicht mit Ben-Gvir treffen.“ „Wir werden uns nicht mit Smotrich treffen.“ „Wir werden uns nicht mit Vertretern einer Regierung treffen, der sie angehören. Wir sagen es laut und deutlich, denn jetzt ist nicht die Zeit, so zu tun, als sei alles in Ordnung und diese Regierung ist ok“.

Unterschiedliche Verfechter:innen palästinensischer Rechte äußerten sich zwar ebenfalls in zahlreichen Kommentaren zu den Wahlen, doch in einem anderen Ton, der nicht schockiert oder gar wütend über das Ergebnis war, sondern die Wahl vielmehr dazu nutzte, um zu zeigen, wie die israelische Apartheid aussieht. Der palästinensische Dichter Remi Kanazi brachte es vielleicht am besten auf den Punkt, als er twitterte: „Israel ist ein gewalttätiger Siedlerstaat. Wenn es um die vollständige Beherrschung der Palästinenser:innen geht, gibt es kein links, rechts oder in der Mitte, sondern nur eine maximalistische Position, die den Raub von Land, Häusern und Ressourcen zum Ziel hat und der einheimischen Bevölkerung so wenig wie möglich übrig lässt.“

Nicht alle amerikanischen Unterstützer Israels waren über den Ausgang der Wahl irritiert. Außer dem US-Botschafter in Israel, Nides, äußerte sich auch die *Jewish Federations of North America*: Die *Jewish Federations of North America* respektieren und begrüßen Israels lebendigen demokratischen Prozess, der allen Israelis ein Mitspracherecht und eine Stimme bei der Regierungsbildung einräumt.

Auch die *AIPAC* twitterte Unterstützung. „Der jüdische Staat ist eine solide Demokratie, die Amerikas Interessen und Werte teilt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der US-Regierung und den Demokraten und Republikanern im Kongress, um die Beziehungen zwischen den USA und Israel zu stärken.“

Doch auch wenn die *Federation*, *AIPAC* und ein paar andere Gruppen mit einer israelischen Regierung, die sich nicht mehr die Mühe macht, ihren gewalttätigen Rassismus auch nur annähernd zu verbergen, zufrieden sein können, ist es offensichtlich, dass die meisten Pro-Israel-Gruppen erkennen, dass die neue Netanjahu-Regierung ihnen erhebliche Probleme bereiten wird.

Die Tatsache, dass die Partei des religiösen Zionismus die zweitstärkste Kraft in Netanjahus Koalition sein wird, lässt sich nicht verheimlichen. Vielleicht drückte das niemand deutlicher aus, als der ehemalige „Anwalt Israels“ Dennis Ross, der zusammen mit seinem Kollegen vom Washingtoner Institut für Nahostpolitik (einer rechten, pro-israelischen Denkfabrik, die von der *AIPAC* gegründet wurde) schreibt, „wir können nicht schweigen, weil wir wissen, welche enormen Auswirkungen die Worte und Taten von Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich als hochrangige Minister auf die Beziehungen zwischen den USA und Israel haben würden. Diese Beziehungen sind für beide Länder und den gesamten Nahen Osten angesichts der iranischen Bedrohung zu kostbar und wichtig, als dass sie Schaden nehmen darf“.

Das ist ein Ausdruck von Panik. Dies sind die Worte von Männern, die ihren Lebensunterhalt damit verdient haben, einen Apartheidstaat als liberale Demokratie darzustellen, und nun mit einem so eklatanten Rassismus in der Regierung dieses Landes konfrontiert sind, dass ihnen klar ist, dass sie ihn nicht vertuschen können. Ross und Makovsky wissen sehr genau, dass Ben Gvir und Smotrich nicht das schändliche Geheimnis der rechten Netanjahu-Regierung sein werden, sondern ihr radikales Megaphon, ganz gleich, wie sehr sie sich bemühen, es zu beschönigen.

Dies ist nichts, was man sich wünscht, denn die Palästinenser:innen werden mit diesen unverschämten und kompromisslosen Rassisten in einer so mächtigen Position mit noch mehr Gewalt konfrontiert sein als sie es ohnehin schon sind. Umso wichtiger wird es sein, dass die Verfechter:innen der palästinensischen Rechte und Freiheit das immer deutlicher werdende Gesicht der israelischen Apartheid nutzen.

Mitchell Plitnick ist Vorsitzender von ReThinking Foreign Policy. Zusammen mit Marc Lamont Hill ist er Autor von Except for Palestine: The Limits of Progressive Politics. Mitchell war zuvor unter anderem Vizepräsident der Foundation for Middle East Peace, Direktor des US-Büros von B'Tselem und Ko-Direktor der Jewish Voice for Peace.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2022/11/biden-administration-and-israel-lobby-in-a-panic-following-netanyahus-far-right-election-sweep/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de